

# TINA und der Kokon

Von Pat Christ

Sommerversammlung der „Humanen Wirtschaft“ am 29. Mai in Nürnberg



Die Vorträge der Sommersammlung lösten lebhaft Diskussionen aus. Foto: Pat Christ

**D**ie Lösung ist einfach. Verblüffend einfach. Man müsste nur das Geld zum Fließen bringen. Eine Gebühr könnte den Umlauf sichern. „Technisch wäre das kein Problem“, so Professor Wolfgang Berger. Geldscheine könnten mit einem Chip versehen und Handys so ausgestattet werden, dass sie in der Lage sind, jederzeit auszulesen, wie viel eine Note noch wert ist. Wäre das Geld geflossen, hätte es sich nicht an wenigen Stellen exponentiell vermehrt, gäbe es all die Krisen nicht, von denen die Welt just geschüttelt wird: Der Zusammenbruch der Banken, der anschließende Einbruch der Weltwirtschaft, die Verschuldung der zur Rettung geeilten Staaten und die mehr als kreditwürdige Ausnutzung dieser Situation durch die Finanzmärkte.

Geld, das nicht zirkuliert, sondern sich an wenigen Stellen exponentiell vermehrt, zerstört sich am Ende zwangsläufig selbst. Warum bloß sieht das niemand ein? Das Phänomen TINA machte Berger bei der Sommersammlung der „Humanen Wirtschaft“ als Schuldige für die Einsichtsverweigerung aus. Das Syndrom „TINA – There Is No Alternative“ verbietet jedes vernünftige Abwägen des Für und Wider der herrschenden und einer neuen, auf umlaufgesichertem Geld basierenden Ordnung.

„There Is No Alternative“ – diesen Glaubenssatz lernen Studierende bereits im ersten Semester. Wer ihn nicht intus hat, kommt nicht durch. Besteht keine Klausur. Nicht die Abschlussprüfung. Verbaut sich seine Karriere. Man sieht wohl, dass in der Realität nicht funktioniert, was in den Lehrbüchern steht. Aber Nachdenken darüber lohnt nicht: „There Is No Alternative“!

Der einfache Ausweg aus dem Dilemma der exponentiellen Vermögensvermehrung mit exponentieller Verschuldung als unweigerliche Konsequenz wird angesichts der akademischen Gehirnwäsche laut Berger im Wortsinn un-denkbar. Die Rede von der „Alternativlosigkeit“ der konventionellen, schon so oft gescheiterten und per se zum Scheitern verurteilten Konzepte ist, wenig erstaunlich, allerdings gerade in Krisenzeiten inflationär.

So bezeichneten denn auch Politik und „Sachverständige“ bei einer Anhörung des Haushaltsausschusses das von keinen echten Reformforderungen flankierte Hilfspaket für Griechenland als „alternativlos“. Die von Griechenland geforderten „Reformen“ werden mehr oder weniger jene sein, die der Internationale Währungsfonds (IWF) überall in der Welt durchsetzt. Afrikas gesunde Infrastruktur wurde Berger zufolge eben dadurch zerstört – und zwar ausgerechnet unter jenem Mann als Chefvolkswirt, der Deutschland bis vor kurzem als Bundespräsident repräsentieren durfte.

Dem IWF haben es Afrikas Bauern zu verdanken, dass aus der EU billiges Hühnerfleisch importiert wird. Berger: „Was die lokalen Landwirte arbeitslos macht.“ Der IWF ist mit seinen „Strukturanpassungsprogrammen“ aber auch dafür verantwortlich, dass auf immer mehr Feldern Futtermittel für den Export nach Europa angebaut werden. Mit fatalen Auswirkungen auf die örtliche Nahrungsmittelversorgung.

## Das Falsche schafft Leiden

Weil eine erfalschen, zu Instabilitäten führenden Geldordnung festgehalten wird, wächst das Leid überall auf der Welt. Die ihrer Einnahmen und ergo ihrer Handlungsspielräume >

beraubten Kommunen leiden. Es leiden Menschen, die um Arbeit, Sozialleistungen und Lebenschancen gebracht, die in Hartz IV gezwungen und auf Tafel-Läden verwiesen werden. Die Umwelt leidet. Naturzerstörung, Privatisierung, Deregulierung und Sozialabbau sind Berger zufolge die zwangsläufigen Konsequenzen eines Systems, in dem die, die viel haben und immer mehr bekommen, als Gläubiger derjenigen, die sie immer tiefer in die Schuldenfalle treiben, das Sagen haben.

Gibt es Hoffnung auf eine Änderung? Darüber wurde unter den Teilnehmern der Sommertagung lebhaft diskutiert. Für Wolfgang Berger wird die Krise selbst zum Hoffnungsspende. Warum dies so ist, stellte er im Bild des Kokons dar. Eine Raupe muss sich, bevor sie zum Schmetterling wird, durch einen sehr engen Spalt ihres Kokons nach draußen quetschen. Sie braucht diesen beschwerlichen Weg, damit ihre Flügel erstarren – und sie losfliegen kann.

### **Mythos Arbeitslosigkeit**

Ferdinand Wenzlaff von der TU Chemnitz entlarvte in seinem Beitrag kursierende Mythen über die heuchlerisch beklagte „horrende Staatsverschuldung“, das Geldsystem und das Phänomen Arbeitslosigkeit. Die zu beobachtende systemische Arbeitslosigkeit, so Wenzlaff, hat weder etwas mit technischem Fortschritt noch mit einer zu geringen Qualifikation der Jobsuchenden zu tun. Würde Liquidität



*Das Phänomen TINA verhindert laut Professor Wolfgang Berger Erkenntniszuwachs. Foto: Pat Christ*

besteuert, so dass Horten keinen Sinn mehr machte, stattdessen Investitionen auch ohne Zinssichten sinnvoll würden, könnte jeder, der will sowie physisch und psychisch dazu in der Lage ist, tätig sein. Schließlich stünde genug Geld für Investitionen in Ideen und Jobs zur Verfügung.

Falsch ist nach Wenzlaffs Analyse die verbreitete Meinung, dass Geld eine Ware wie Gold wäre. Geld ist für den Gesell- und Proudhon-Anhänger zunächst einmal nichts weiter als ein Kredit: Dadurch, dass ich eine Arbeit geleistet habe, erhalte ich einen Wechsel respektive einen Geldschein, der mich berechtigt, die Leistung eines anderen Menschen einzufordern. Brauche oder will ich momentan keine fremden Leistungen konsumieren, kann ich das Geld im herrschenden System straflos horten. Ich nutze meinen „Wechsel“ nicht. Womit ich einem anderen Menschen verwehre, seine Leistung gegen Geld zu „wechseln“ oder seine Ideen zur Wertschöpfung zu realisieren.



*Ferdinand Wenzlaff sieht in einer sozialen Kreditgeldwirtschaft den Ausweg aus der systemischen Arbeitslosigkeit. Foto: Pat Christ*

Während für Angela Merkel der Ausweg aus der Krise in Verkenning der Realitäten „Wachstum, Wachstum, Wachstum!“ lautet, bestehen die Etappen auf dem Weg zu einem humaneren Miteinander für Wenzlaff im Appell „Erkenntnis, Erkenntnis, Erkenntnis!“. Es gibt für den jungen Forscher nur zwei Möglichkeiten, herrschende Systeme zu ändern. Entweder in aggressiver Weise – wobei Gewalt immer Leid verursacht. Oder die Menschen erkennen die verheerenden Mechanismen eines zerstörerischen Systems, ziehen daraus die richtigen Schlussfolgerungen und entwickeln Ideen für eine humanere, gerechtere Ordnung. Zu jenen Idealisten zählt Wenzlaff sich selbst.

Nun ist die Vorstellung utopisch, von den herrschenden Machtinstanzen „internationale Wirtschaft“, „Finanzmarkt“ oder „Politik“ Impulse für eine Geldreform zu erwarten. Doch diese Akteure bräuchte es auch nicht: „Es genügte, würde die Notenbank an ein paar Schrauben drehen.“ Sie kann aufgrund ihres Mandats festlegen, dass Liquidität ab sofort besteuert wird, so dass die Marktzinsen allmählich automatisch gegen Null gehen. Fehlt hierzu der Mut, könnte sie, um der nahen Gefahr der Deflation zu entgehen, für eine so hohe Inflation – vier bis sechs Prozent nach Wenzlaff – sorgen, dass dadurch das Geld wieder ins Fließen kommt.

Nach Ferdinand Wenzlaffs Ansicht können Regionalwährungen einen wichtigen Etappenbeitrag auf dem Weg zu einem krisensicheren Geld- und Wirtschaftssystem leisten. Wolfgang Berger weist darauf hin, dass die Kreisläufe der Regiosysteme nur selten ganz geschlossen seien. So muss der Ökobauer, der seine Maschine reparieren lassen will, in der Regel einen Mechaniker „von außen“ kommen lassen, der in Euro bezahlt sein will.

Einig zeigten sich beide Referenten darin, dass es neben einer Reform des Geldsystems zwingend eine Bodenreform geben muss. Wäre es nicht mehr möglich, leistungslos mit Geld Gewinne zu machen, würde sonst der Boden dafür hergenommen.

Schließlich bräuchte es, und dies ist der schwierigste, noch ungelöste Punkt, Regulierung für alle Arten von Finanzprodukten, alle Arten von Finanzmarktakteuren und für jeden Finanzplatz. Die Politik hatte versprochen, hierfür zu sorgen. „Nach anderthalb, zwei Jahren fragend die Leute: Was ist denn daraus geworden?“, so Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede bei der internationalen Finanzmarktkonferenz am 20. Mai im Berliner Bundesfinanzministerium.

Ihre Antwort ist bezeichnend: „Man muss ganz ehrlich sagen: Wir verteilen wunderbare technische Papiere, in denen dieses und jenes steht. Ich will auch gar nicht in Abrede stellen, dass vieles vorangebracht worden ist. Wir sagen den Menschen: Das eine wird in Europa entschieden und das andere wird jeweils national entschieden. Das muss jeweils umgesetzt werden; und das dauert eine Weile. Aber irgendwann müssen wir den Beweis erbringen und sagen können: Seht her, wir haben es geschafft. Diese Zeitspanne sollte nicht allzu lange dauern. Jedes Produkt, jeder Akteur und jeder Platz – jedenfalls die relevanten dieser Welt – sind in einer vernünftigen Weise geregelt. Dies sind wir den Bürgerinnen und Bürgern bislang noch schuldig.“

### Inflation oder Staatsbankrott

Auch das Thema „Griechenland“ sorgte für Diskussionen bei dem Treffen humanwirtschaftlich gesinnter Menschen in Nürnberg. Was ist das richtige Vorgehen? Für Wenzlaff ist ein wirksames Gegensteuern nur unter den Überschriften „Niedrige Anleihenverzinsung“ und „Inflation“ möglich. Grundsätzlich sei es richtig, dass Europa Griechenland mit Anleihen hilft: „Die Bonität Europas könnte diese Anleihen niedrig verzinsen lassen.“ Um die Geldvermögen in Bewegung zu setzen, müsse die EZB gleichzeitig entschlossen eine Inflation heraufbeschwören: „Diese würde das Publikum veranlassen, Staatsanleihen zu kaufen, um dem Verlust der Geldentwertung zu entgehen.“ Schafften es die Staaten Europas nicht, die Deflationsspirale in eine Inflation umzukehren, muss Wenzlaff zufolge über einen Staatsbankrott nachgedacht werden.

Wolfgang Berger gibt zu bedenken, dass Großbritannien in einer viel dramatischeren Schieflage als Griechenland ist. Ganz zu schweigen von den USA: „Die Schulden der öffentlichen Haushalte Griechenlands betragen pro Kopf 30.000 Dollar, die der öffentlichen Haushalte der USA 200.000.“

### „Keine schöne Aussicht“

Warum aber wird ausgerechnet von der City of London und der Wall Street der Angriff gegen den Euro lanciert? Nach Bergers Analysen hängt dies damit zusammen, dass die angelsächsischen Märkte vor dem Zusammenbruch stehen und der Dollar dann nicht mehr Weltleitwährung sein könnte: „Dann könnten die USA nicht mehr grün bedrucktes Papier gegen Öl, Maschinen, Autos, Rohstoffe und Beteiligungen eintauschen.“ Sollte es Europa nicht gelingen, den Euro zu verteidigen, werde in letzter Konsequenz China die USA als Weltmacht beerben: „Keine schöne Aussicht.“

Den Angriff auf den Euro kann nach Bergers Ansicht nicht anders denn als „Krieg“ bewertet werden. Die Waffen in diesem speziellen, so noch nicht da gewesenen Krieg heißen „Ratingagenturen“: „Diese gehören einigen Milliardären, die damit ihre Milliarden vervielfachen. Mit objektiver Bewertung

hat das nichts zu tun.“ Die Unterwerfung der Politik unter die Ratingagenturen ist für Berger nichts anderes als „Kriegskapitulation“.

### Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Sich selbst alimentierendes Kapital darf nicht mehr die absolute Übermacht über Menschen, Waren und Dienstleistungen haben. Dies ist für den Herausgeber der HUMANEN WIRTSCHAFT Wilhelm Schmülling die wichtigste Konsequenz aus der Griechenland-Krise. Auf Basis der herrschenden Geldordnung, steht für ihn zu befürchten, dass Kapitalmächtige die EU-Mitgliedsländern überall mit den Instrumenten der Spekulation angreifen werden, um ihr Kapital weiter zu vermehren. Schmülling: „Das System mit Zinsen und Dividenden, nur damit die Realwirtschaft arbeiten darf, muss abgeschafft und durch eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus ersetzt werden. Dann erhält der Euro die gewünschte Stabilität und die Euroländer haben den ersehnten Wohlstand und Frieden.“

Sofortmaßnahmen zur Überwindung der Griechenland-Krise sieht Schmülling in einem generellen Verbot, mit geliehenem Geld Spekulationsgeschäfte zu betreiben. „Im Rahmen der Europäischen Verträge muss außerdem umgehend ein Insolvenzrecht für zahlungsunfähige Staaten vereinbart und sofort auf Griechenland angewendet werden. Ein Kapitalschnitt für Gläubiger ist dabei unvermeidlich. Direkthilfen anderer Eurostaaten (bail out) bleiben verboten.“

Für Armin Scharf, engagiertes Mitglied des Fördervereins Natürliche Wirtschaftsordnung und Initiator der Sommerveranstaltung, ist eine Demokratisierung der Gesellschaft unumgänglich, um Krisen à la Griechenland zu verhindern. Die Menschen müssten wieder mehr mitbestimmen und Einfluss ausüben können. Dies betrifft für ihn alle demokratischen Instanzen bis hin zur Gerichtsbarkeit. Selbstverständlich schließt die Demokratisierung auch die Instanz des Bundespräsidenten respektive der Bundespräsidentin ein. Auch die sollte von den Menschen selbst gewählt werden. Ob diese sich dann für einen ehemaligen IWF-Chefvolkswirt entscheiden würden?



Armin Scharf, engagiertes NWO-Mitglied, gab den Anstoß für die Sommerveranstaltung der Humanen Wirtschaft. Foto: Pat Christ



### Zur Autorin

Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg. Seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig. Schwerpunkte: Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Sonntagsmerkur Evangelischer Pressedienst, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.



## KOMMENTAR

Von Wilhelm Schmülling

## Die morsche Basis der heutigen Wirtschaftsordnung

Nein, den Weltuntergang beschreiben wir nicht. Das überlassen wir den selbsternannten Propheten, die sich damit auskennen, die sogar behaupteten, das Datum des Untergangs zu wissen, die aber regelmäßig einen Reinfall erleben und das vorausgesagte Datum hinausschieben müssen. Ähnliche Blamagen erlebten manche Crash-Propheten, die als Börsengurus anhand der Kursentwicklung entsprechende Verkaufsempfehlungen gaben und – falsch lagen.

Verantwortungsvolle Börsenexperten hingegen hinterfragen die Basis unserer Wirtschaftsordnung. Sie bleiben nicht an den Kurstafeln hängen, suchen nicht nach den Gründen des Auf und Ab der Kurse, sondern untersuchen die Basis unserer Wirtschaftsordnung. Dirk Müller, genannt Mister Dax, sagte zum Beispiel im ZDF:

*„Das System, das wir aufgebaut haben, das Zinseszinsystem, das Verschuldungssystem, hatte von Beginn an eine Halbwertszeit. Es war mit einem Verfallsdatum versehen. (...) Ein Zinseszinsystem kann mathematisch nicht unendlich funktionieren. Es fängt langsam an, der Zinseszins sorgt dafür, dass es dramatisch schnell wächst.“*

„Dramatisch schnell“ kommt so das Finale, auch Crash genannt, auf uns zu. Alle Versuche, den Crash zu vermeiden, scheitern an der Logik der exponentiellen Entwicklung des

Zinseszinsystems. Weder die Regierenden, noch „die Wirtschaft“ sind sich darüber im Klaren, dass die aktuellen Krisen allesamt mit dem Geldsystem zusammenhängen, andernfalls würden solche Zitate in vielen Medien nachgedruckt und kommentiert. Aber: Schweigen im Blätterwald.

Von wenig Ahnung über die monetären Ursachen getrübt, versuchen die europäischen Regierungen – beraten ausgerechnet von Großbanken – die Verschuldungskrise zu dämpfen, indem sie hoch verschuldeten Staaten drastische Sparmaßnahmen verordnen. Schon wehren sich die am härtesten Betroffenen mit Demonstrationen. Kein Wunder wenn Sparmaßnahmen hauptsächlich die ärmeren Bevölkerungsgruppen treffen. So rumort es an der Basis. Wird die Entwicklung zur Verarmung nicht gestoppt, kommt es auch zur Krise des Sozialsystems. Noch eine Krise! Als ob wir von Krisen noch nicht genug hätten.

Ganz aktuell hat sich neben den vielen Krisen eine weitere Krise in der deutschen Regierung entwickelt, noch schwelend zwar, die aber jeden Moment ausbrechen kann. Wieso konnte es dazu kommen? Gewiss waren es nicht verbale Entgleisungen von Koalitionären. Derartige emotionale Ausbrüche sind menschlich verständlich. Aber was dazu geführt hat, dass Regierungsmitglieder Rücktritte androhen, um eigene Forderungen

gegen die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin durchzusetzen, können wir nur erraten. Nicht immer wird Angela Merkel den apodiktischen Forderungen der FDP, z.B. im Gesundheitswesen, nachgeben können, sonst provoziert sie mit dem Koalitionspartner neuen Streit. Die bayerische CSU schießt auch quer. Und das alles mitten in der Verschuldungs- und Bankenkrise.

Aus dem Fokus entschwunden sind auch die Flutungen der Volkswirtschaft durch die EZB mit neugedrucktem Geld gegen Hinterlegung von Schrottpapieren der verschuldeten Staaten. Die Europäische Zentralbank hatte in der Nacht vom 9. auf den 10. Mai den Ankauf von Staatsanleihen beschlossen.

*„ (...) die Lage habe sich an den internationalen Anleihemärkten binnen weniger Stunden zugespitzt und die Gefahr einer weltweiten Kettenreaktion bestanden (...)“ DIE WELT, 11. 6. 2010.*

In der Woche vorher habe die EZB, so DIE WELT, Staatspapiere von Griechenland und Portugal im Volumen von 40,5 Mrd. Euro erworben.

Solche Folgenbekämpfungen, wie Stützungsmaßnahmen für europäische Banken oder drastische Sparmaßnahmen für Staatshauhalte, werden erfolglos bleiben, wenn die Basis der heutigen Wirtschaftsordnung, das Zinseszinsystem, beibehalten wird. ■